

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Verausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Michalek.
Wien. I. Neues Rathaus.

1. Ausgabe.

22. Jahrgang. Wien, Mittwoch, 19. Februar 1919. Nr. 82.

Bürgerrechtsverleihungen. Die gestern ausgegebene Notiz über Bürgerrechtsverleihungen beruht auf einem Irrtum; es ist nämlich nur an folgende Bewerber das Bürgerrecht verliehen worden: **Leopoldstadt:** Karl Bernardi, Geschäftsleiter, Friedrich Michawitz, Inkassant (GR. Jung). **Wieden:** Alois Holzer, Fleischhauer; Gottlieb Windisch, Glasermeister (GR. Breuer). **Margarethen:** Franz Stmač, Kleidermacher (GR. Roth). **Mariahilf:** Leopold Etmayer, Appreteur; Philipp Wist, Schuhmacher (GR. Paulitschke). **XXXXXXIX Alsergrund:** Rudolf Gröschl, Tapezierer; Ludwig Pölzer, Hufschmied; Franz Ben, Hausbesitzer; Georg Thomas, Fleischselcher; Franz Aigner, Buchdruckereibesitzer; Matthias Machatschek, Silberarbeiter; Josef Wetscher, Schlossermeister (GR. Partik). **Meidling:** Andreas Braunstingl, Kammacher (GR. May). **Rudolfsheim:** Leopold Schober, Fleischselcher; Benedikt Rusy, Zuckerbäcker (GR. Jung); Franz Falt, Gastwirt; Anton Hartweger, Hausbesitzer (GR. Huber); Johann Hufnagl, Gastwirt (GR. Rotter). **Stakring:** Rudolf Söllner, Hausbesitzer; Josef Leberl, Leichenbestattungsunternehmung; Josef Schweitzer, Hausbesitzer (GR. Rotter). **Döbling:** Gustav Kastenhofer, Bäckermeister (GR. Huber).

Die Kohlenanlieferungen nach Wien. Die Anlieferung von Kohle hat sich in der letzten Zeit fast täglich vermindert. Der Einlauf oberschlesischer Kohle ist äusserst gering. Wenn auch die Lieferungen auf Grund der neuen Berliner Abmachungen einsetzen sollten, dürften sie fast ausschliesslich den äusserst notleidenden Bahnen zugutekommen, so dass auf eine nennenswerte Belieferung des Kohlenhandels mit dieser Kohle nicht zu rechnen ist. Der Tiefstand der Lieferungen aus Westfalen lässt sich am besten daraus entnehmen, dass die Staatsbahndirektion Innsbruck die hauptsächlich aus Westfalen versorgt wird, die teilweise Einstellung ihres Zugverkehrs in Aussicht gestellt hat. Auf Zufuhr polnische Kohle kann vorläufig nicht gerechnet werden, da der Bahnverkehr zwischen Dzierżitz und Oderberg noch immer unterbrochen ist. Umso grössere Bedeutung kommt der Anlieferung aus den nordwestböhmisches Braunkohlengebiete zu. Aber auch diese Lieferung hat in letzter Zeit vollständig versagt; während am 10. Februar noch 1605 t einlangten, sank die Zufuhr in den folgenden Tagen auf 747 t, 860 t, 469 t, 245 t, 165 t und 60 t. Nach den telephonischen Meldungen vom 17. und 18. d.M. ist in Gmünd überhaupt keine Kohle für den Wiener Konsum eingelangt.

Unter diesen Umständen ist es begreiflich, dass die Ausgabe von Küchenbränden durch den Kleinkohlenhändler in der ersten Februarwoche bereits auf 69,8 % des Bedarfes gesunken war, in der folgenden Woche sind noch weit ungünstiger gestaltete. Vorräte an Kohle sind so gut wie nicht vorhanden. Die wenige Kohle, die noch auf den städtischen Verkaufsplätzen und beim Greshandel gelagert ist, reicht kaum hin, um den laufenden Bedarf der wichtigsten Approvisionierungsgewerbe, wie Bäcker etc. in der nächsten Zeit zu decken. Die städtische Kohlenkommission befasste sich daher am Dienstag, 18. d.M. sehr eingehend mit den zu ergreifenden Massnahmen. Sie nahm zur Kenntnis, dass seitens des Staatsamtes für öffentliche Arbeiten und des Magistrates alles versucht wurde, die Anlieferung von Kohle zu erhöhen, insbesondere die Lieferung von Kohle aus Böhmen zu erreichen. Es wurde auch die Heranziehung der Holzvorräte der Gemeinde Wien als Aushilfe für Küchenfeuerung eingehend besprochen und die Herabsetzung der Wochenquote von 20 kg auf 15 kg Steinkohle (25 kg auf 20 kg Braunkohle) erörtert. Die Verwendung von Holz als Ersatzmittel für Kohle sind begreiflicherweise enge Grenzen gezogen. Es wird versucht werden, durch

Ausgabe von Holz an jene Kleinkohlenhändler, die mit Kohle nicht beliebert werden können, die bei an Brennmaterial einigermassen zu mildern. Das städtische Holz wird vom Kleinkohlenhändler gegen Einlösung des fälligen Abschnittes der Küchenbrandkarte zum Preise von 38 h, geschnitten und gehackt, in derselben Menge ausgegeben werden, die als Wochenmenge für Braunkohle festgesetzt ist. Die Aushilfen, die den mit Kohle nicht versorgten Kleinkohlenhändlern gewährt werden können, belaufen sich jedoch nur auf etwa 80 Fuhren per Tag, während der Bedarf voraussichtlich über 200 Fuhren betragen würde. Es wird also trotz dieses Aushilfsmittels ein grosser Teil der Bevölkerung keinen Brennstoff für Küchenfeuerung erhalten können.

Sollte sich bis Freitag der Tageseinlauf an Kohle nicht auf mindestens 2000 t täglich erhöhen, und aus den eingehenden Meldungen nicht zu entnehmen sein, dass eine Anlieferung in dieser Höhe durch drei bis vier Tage zu gewärtigen ist, wäre der Magistrat genötigt, die Wochenmenge des Küchenbrandes für die kommende Woche von 20 kg auf 15 kg Steinkohle (bei Braunkohle und Holz auf 20 kg) herabzusetzen, um wenigstens einen totalisch grossen Teil von Haushaltungen den Küchenbrand zu kommen zu lassen. Eine diesbezügliche Verlautbarung würde in den Sonntagsblättern erscheinen.

2. Ausgabe.

22. Jahrgang. Wien, Mittwoch, 19. Februar 1919. Nr. 82.

Die Ueberfälle auf Pernhofen. In der heutigen Sitzung des Stadtrates teilte Bürgermeister Dr. Weiskirchner mit, dass ein zweiter Ueberfall auf das Gut Pernhofen stattgefunden habe. Der erste Ueberfall, ungefähr vor 4 Wochen, wurde von 100 Mann ausgeführt. Gestern nun drangen 50 Mann reguläres tschechisches Militär in das Gut ein. Nach dem ersten Ueberfalle hat sich der Bürgermeister an die Landesregierung und an den in Goding stationierten kommandierenden tschechoslowakischen General gewendet und die Versicherung erhalten, dass das Eigentum der Gemeinde Wien geschützt werde. In Pernhofen befinden sich 2000 Fetteschweine. Bei dem Ueberfalle handelt es sich weniger um den beträchtlichen Geldwert, als um das Material. Der Bürgermeister erwähnte auch, dass bei dem Ueberfalle in Amstetten Vertreter des Soldatenrates erschienen seien, um zu requirieren. Nach den mit dem Soldatenrat gepflogenen Verhandlungen wurden diesem drei gemästete Schweine gegen Zahlung des Höchstpreises überlassen. Auch wegen dieses Vorfalles wurde an kompetente Stelle Protest erhoben.

Die Einreise der Finanzkommission nach Paris. Bürgermeister Dr. Weiskirchner teilte in der heutigen Stadtratsitzung mit, dass den Mitgliedern der Finanzkommission in Bern die Einreise nach Paris nur teilweise erlaubt wurde. Dem mit der Vollmacht der Gemeinde Wien ausgestatteten Dr. Adler und dem GR. von Schwarz-Hiller wurde die Einreise nicht gestattet.

Ueber Beschluss des Stadtrates wurden Bürgermeister Dr. Weiskirchner und VB. Reumann ersucht beim Staatssekretär Dr. Bauer in dieser Angelegenheit zu vermitteln und den Widerruf der dem Dr. Adler erteilten Vollmacht in die Aussicht zu stellen, wenn nicht ein Delegierter der Gemeinde dem, Der Bürgermeister bemerkte, dass ein Vertreter der Gemeinde Wien bei der Kommission in Paris anwesend sein müsse, weil ein staatlicher Vertreter nicht ermächtigt sei, grosse Verpflichtungen der Gemeinde zu übernehmen, mit denen sich dann diese nicht einverstanden erklären könne.

Die tschechischen und polnischen Arbeiter und die städtische Arbeitslosenfürsorge. In der heutigen Stadtratsitzung wurde beschlossen, den reichsdeutschen und ungarischen Staatsangehörigen, die in Wien leben und arbeitslos sind, und die Arbeitslosenfürsorge des Staates genießen, auch den von der Gemeinde Wien bewilligten Zuschuss zur Arbeitslosenunter-

stützung zu geben. Dagegen wird den tschechischen und polnischen Arbeitern, die in Wien sind und keine Arbeit haben, diese Unterstützung nur dann gegeben, wenn der tschechische und polnische Staat erklären, unsere Arbeitslosen dort ebenso zu behandeln.

Die städtischen Komitees. In den letzten Sitzungen des Stadtrates wurden verschiedene städtische Komitees nach dem Schlüssel 4 : 2 : 1 eingesetzt. Auf Wunsch der sozialdemokratischen Stadträte werden nun die Mandate nach dem Schlüssel 4 : 3 : 1 aufgeteilt.

Kohle aus Dobrowa für Wien. Auf Grund des Krakauer Vertrages vom 18. Dezember 1918, der zwischen dem deutschösterreichischen und polnischen Staate abgeschlossen wurde, wurde nun einer Wiener Kohlenfirma die Bewilligung erteilt, täglich 40 Waggons Kohle aus Dobrowa nach Wien zu bringen. Diese Menge wurde den städtischen Elektrizitätswerken zu-gewiesen. Die Kohlengesellschaft hat einen Preis zwischen 2200 und 2500 Kronen für den Waggon Steinkohle festgesetzt. Trotzdem dieser Preis übermässig hoch ist, hat der Stadtrat in Anbetracht des ausserordentlich schlechten Kohlenstandes nach einem Antrage des StR. Schmid beschlossen, das Offert anzunehmen, da sich die Gemeinde in einer Zwangslage befindet.

Uebernahme der spanischen Hofreitschule. In der heutigen Sitzung des Stadtrates berichtete StR. Dr. Liebbeck über die Uebernahme der spanischen Hofreitschule und beantragt die Beschlussfassung zu vertagen, bis die Frage des Besitzes der Krongüter, insbesondere der Hofburg geklärt ist. StR. Schmid verwies darauf, dass der grosse Saal in der spanischen Hofreitschule ehemals als Konzertsaal verwendet wurde, wozu er sich vorzüglich eignete. Vielleicht könnte dies wieder der Fall sein. Der Referentenantrag wurde schliesslich angenommen.

Der Fleischersatz. Die als Fleischersatz für die Woche vom 20. bis 26. d.M. zugewiesene Haferreisemenge von 1/8 kg pro Kopf wird bei den städtischen Mehlmehlsstellen von Montag, 21. bis einschliesslich Mittwoch, 26. d.M. ausgegeben. Die Konsumentenorganisationen erhalten den Haferreis als Fleischersatz durch die deutschösterreichische Kriegsgetreideanstalt direkt zugewiesen. Die Abgabe erfolgt gegen gleichzeitige Abtrennung der beiden Abschnitte 7 des grauen Einkaufsscheines für Rindfleisch, bezw. des Abschnittes 7 des rosa Einkaufsscheines für Wohlfahrtsfleisch.

Vergabung von Arbeiten im öffentlichen Anbotwege. Nach einem Antrage des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner beschloss der Stadtrat die den Rahmen laufender Arbeiten übersteigenden grösseren Herstellungen im Wege öffentlicher Anbotverhandlungen zu vergeben, um möglichst vielen Unternehmern und Arbeitern Verdienst und Arbeit zu schaffen. Die laufenden Arbeiten, für welche keine ständigen Ersteher bestellt sind, werden bis auf weiteres im Wege freier Vereinbarung unter tunlichster Berücksichtigung der früheren städtischen Ersteher vergeben.

Falsche 100 Kronen Kassenscheine der Gemeinde Wien. Unter den heute zur Einlösung eingereichten 100 Kronen Kassenscheinen der Gemeinde Wien wurden mehrere Falsifikate derselben Ausführung gefunden. Der wichtigste Unterschied gegenüber den echten Scheinen ist, dass bei der Unterschrift des Stadtrates Wessely die Endschlinge des W nach links, statt nach rechts gezogen ist. Weitere Unterschiede sind: Bei der Unterschrift des Stadtrates Leopold Brauneiss ist die Schlinge des grossen L nicht ganz durchstrichen; in der zweiten Zeile des Textes der Rückseite steht statt „Gemeinderatsbeschlusses“ „Gemeinderatsbeschlusstes“; in der letzten Textzeile dieser Seite ist der Anfangsbuchstabe von „Nachnahme“ schlecht ausgeführt und ähnelt einem „K“; Der Untergrund des echten Kassenscheines zeigt Wellenlinien, der nachgemachte Tupfen. Ausserdem ist das Falsifikat aus dünnerem Papier hergestellt, als die echten Scheine. Da die Einlösungsfrist

der Kassenscheine ohnedies bereits am 20. d.M. endet, empfiehlt es sich, die 100 Kronen Scheine sofort der städtischen Hauptkasse zur Einlösung zu präsentieren und keine solchen Scheine mehr in Zahlung zu nehmen.

Wiener Gemeinderat.

Sitzung, am 19. Febr. 1919.

BGM. Dr. Weiskirchner eröffnet die Sitzung mit folgender Ansprache: Die Nationalversammlung der deutschen Republik ist zusammengetreten und das deutsche Volk hat seinen festen Willen bekundet, nach den Stürmen eines ungeliebten Krieges durch rastlose Arbeit sich ein neues Haus zu bauen. Mit den herzlichsten Wünschen und Hoffnungen blicken wir Deutschösterreicher und Wiener nach Weimar und unsere Sehnsucht und unsere innigsten Grüsse ziehen hinaus zu unseren deutschen Brüdern. Mit innigem Danke haben wir die hererquickenden Worte vernommen, die uns Deutschösterreicher in der Nationalversammlung gewidmet wurden. Sie haben in ganz Wien den hellsten Widerhall gefunden und wir freuen uns über den Tag, der ein einiges Reich schafft, in dem auch wir Deutschösterreicher unentwegt und ungehindert an dem Wohle unseres deutschen Volkes wirken können.

Was die Gemeinderats-Sitzung vom 13. November des vergangenen Jahres sagte,horate, ich wiederhole es in dem Bewusstsein, dass wir nun dem Ziele nahe sind. Ein Trauerjahr von Jahrhunderten geht mit der Einigung aller Deutschen in Erfüllung. Heil den Deutschen Volke!

(Beifall)

Ich bitte die Herrr um die Ermächtigung die Nationalversammlung in Weimar telegraphisch begrüßen zu dürfen. (lebhafter Beifall)

Spendet haben: Unter dem Decknamen „Wilhelm“ zur Anschaffung von Kleidern, Schuhen etc. für arme Schulkinder, die Knaben-Volksschule für
R. Laimäckergasse 17 K 4000.--, die Knaben-Volksschule X. Quellenstr. 54 für
K 3000.--, die Knaben-Volksschule Y. Puchbaumgasse 55 K 3000.--, für die Knaben-Volksschule X. Thayonatgasse 20 K 2000.--, die Knaben-Volksschule X. Quellenstrasse 31 K 2000.--, für die Mädchen Volksschule. X., Laaserstrasse 1 K 1.500.--

Hugo Kepler, Inhaber der Konzertdirektion Gutmann spendet für die Aktion „Frühstück für arme Schulkinder“ K 8072.55, Kommerzialrat Oskar Berl für das Karolinen-Kinderspital K 5000.--, Herr W. Wick, Vorsteher der Kantonalen Handelsbank, Basel für die Armen Wiens einen Betrag von K 1075.50, Gustav Heller, Fabrikant für die Armen Wiens K 1000.--, Univ. Prof. Dr. Leopold Freund für die Armen Wiens K 200.--, Hermann Winkler für christl. tuberkulösen Kinder K 100.-- für christl. Kriegsblinde K 100.-- und Dr. Guido Müller, Notar für die Armen des III. Bezirkes K 100.--

Die Brüder Adolf, Dr. Erwin, Dr. Viktor und Otto Luntz spenden eine von Bildhauer Wilhelm Gerstel, Berlin modellierte Gypsstatue des ersten Architekten beim Bau des neuen Wiener Rathhauses und des nachmaligen Professors an der Akademie der bildenden Künste Viktor Luntz, einen Abguss der Totenmaske desselben und eine Porträtplakette auf ihm von J. Tautenhayn.

GR. Herald fragt, ob der Bürgermeister geneigt sei, die nötigen Schritte zu unternehmen, dass in den Höfen und anstehenden Hallen des Rathhauses die Abhaltung eines Weinmarktes von österreichischen Weinen ermöglicht werde.

Der Bürgermeister erwidert, dass die Anregung, im Rathause einen österreichischen Weinmarkt abzuhalten, von Magistrat im Auge behalten und in dieser Angelegenheit seinerzeit an den Gemeinderat berichtet werden wird.

Was den Zeitpunkt anbelangt, so müsse doch noch abgewartet werden, da die gegenwärtigen Verhältnisse eine solche Veranstaltung derzeit unmöglich erscheinen lassen. Wir haben bereits, wie Ihnen bekannt ist, einen solchen Weinmarkt im Arkadenhofe gehabt, doch kann auf diese Idee erst wieder nach dem Abbau der Weinpreise zurückgekommen werden. (Allgemeine Zustimmung).

GR. Philp fragt an, ob der Bürgermeister geneigt sei, anzuordnen, dass das Bauprojekt für das Mariahilfer Zweighaus der Urania ehest dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vorgelegt werde und ob er geneigt sei, diesen öffentlichen gemeinnützigen Bau unter die „Notstandsbauten“ einzureihen.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erwidert: Laut Mitteilung der Magistrat abteilung III findet morgen eine Amtsbesprechung in dieser Angelegenheit statt, zu der sämtliche Behörden und Interessenten geladen sind. Die Vorverhandlungen werden voraussichtlich in ganz kurzer Zeit zu Ende geführt sein, so dass der Entwurf, betreffend die Errichtung eines Urania-Zweighauses in Mariahilf wahrscheinlich schon in einer der nächsten Sitzungen dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vorgelegt werden wird. Da jedoch nicht die Gemeinde Wien, sondern der Verein Urania selbst Bauführerin ist, ist es unmöglich, diesen Bau als Notstandsbaue auszuführen.

GR. Anton Wimmer stellt eine Interpellation, dahin gehend, bei der Hernalser Remise eine moderne Bedürfnisanstalt zu errichten. Es wird dieser Mangel namentlich an Sonntagen von dem Ausflüglern schwer empfunden.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner antwortet, er werde diese Anfrage als Antrag behandeln und der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zuweisen.

GR. Maria Schwarz fragt, ob dem Bürgermeister bekannt ist, dass im Wiener Schulbezirke derzeit 30 für Schulleiterinnen systemisierte Stellen seit 1917 und 18 erledigt und noch nicht ausgeschrieben sind, dass sich diese Verzögerung der Konkursausschreibung und Ernennung auf die im April 1917 und Februar 1918 eingebrachten Rekurse einiger Lehrerinnen stützt, die gegen die seit Jahren vom Stadtrate veranlasste Ausschreibung weiblich systemisierter Stellen für männliche Bewerber gerichtet sind und der Stadtrat eine Entscheidung des Landesschulrates abwarten will und ob der Bürgermeister gedenkt, diese unberechtigte Verzögerung aufzuheben und die erledigten Stellen durch den Bezirksschulrat sofort zur Ausschreibung zu bringen.

Bgm. Dr. Weiskirchner: Der Gegenstand dieser Interpellation fällt nicht in den Wirkungskreis des Gemeinderates, sondern in den der Schulbehörden. Ich habe aber erhoben, dass die Ausschreibung der Stellen aus dem Grunde vom Bezirksschulrate nicht veranlasst werden kann, da die Voraussetzungen für die Ausschreibungen dormalen noch nicht gegeben sind. Gemäss § 113 der Schul- und Unterrichtsordnung müssen nämlich die Verhandlungsakten, welche die Grundlage für die Stellenausschreibung bilden, dem Landesschulrate zwecks Feststellung, ob die fragliche Lehrstelle mit einer weiblichen oder mit einer männlichen Lehrkraft zu besetzen ist oder ob die Bewerbung mit Lehrkräften ohne Unterschied des Geschlechtes offen zu halten ist, vorgelegt werden. Derzeit erliegt das ganze Aktenmaterial beim Staatsamte für Unterricht.

GR. Waldsam richtet die Anfrage, ob der Bürgermeister geneigt sei, dahin Einfluss zu nehmen, dass alle Vorkehrungen für eine gleichmässige Versorgung der Bevölkerung mit Kohle getroffen werden und ob der Bürgermeister das eheste Inslebenreten einer einheitlichen amtlichen Verteilungsstelle unter Zuziehung von Vertretern aller interessierten Kreise zu fördern.

Der Bürgermeister erwidert: Die Frage der amtlichen Verteilung der gesamten in Wien einlangenden Kohle auf den Gross- und Kleinhandel wurde in der städtischen Kohlenkommission anlässlich der Einführung der Rayonierung und Rationierung erörtert. Die Kohlenkommission sprach sich gegen eine amtliche Verteilung aus, die nur bei der Braunkohle eingeführt wurde, die aber zu der vom Magistrat angestrebten Dezentralisierung des Kohlenverkaufes herangezogen wurde. Da der Kohle einlauf der einzelnen Grosshändler schwankend ist und diese Schwankungen sich auch auf die Belieferung der Kleinhändler ausdehnen mussten, wurde eine besondere amtliche Kohlenaushilfsstelle errichtet, die jenen Kleinkohlhändlern, die von ihrem zuständigen Grosskohlenhändler nicht oder ungenügend beliefert werden, Kohlenaushilfen zu gewähren hat. Insofern der Einlauf an Kohle halbwegs dem Bedarf entsprach und Vorräte vorhanden waren funktionierte die Kohlenverteilung fast klaglos. Uebelstände traten erst mit dem mangelnden Einlauf ein. Dem gegenwärtigen Tiefstande der Kohlenversorgung könnte auch eine andere Verteilungsstelle für die gesamte Kohle unter Beseitigung der bestehenden Geschäftsverbindungen nicht gerecht werden.

GR. Unterwiesing interpelliert über die Regulierung der Entlehnung der Kanzeihilfskräfte und fragt, ob der Bürgermeister geneigt sei, falls dies erst im Rahmen der zu erwartenden vollständigen Umgestaltung der Entlehnungsverhältnisse der städtischen Angestellten möglich wäre, verfügen zu wollen, dass durch Gewährung von Zulagen die Besserstellung der Kanzeihilfskräfte ermöglicht wird.

Der Bürgermeister antwortet, dass eine Regelung der Bezüge der Kanzeihilfskräfte allein nicht trulich erscheint. Eine solche müsste sich vielmehr auf alle im Tag- oder Wochenlohn stehenden Gemeindebediensteten erstrecken. Eine solche Massnahme wäre aber von ganz ausserordentlicher finanzieller Tragweite für die Gemeinde. Der Magistrat ist daher nicht in der Lage auf eine Erhöhung der Bezüge der Kanzeihilfskräfte einzugehen, zumal der durch die allgemeine Teuerung verursachten Notlage der Angestellten nach Möglichkeit durch die Kriegszulagen und Anschaffungsbeiträge abgeholfen wird. Auch darf nicht übersehen werden, dass durch die Anrechnung der Kriegsmehrdienstzeit fast alle Kanzeihilfskräfte in höhere Bezugsklassen vorgerückt sind.

GR. Schäfer fragt, ob der Bürgermeister gewillt ist, alles daranzusetzen, um beim Staatsamte für öffentliche Arbeiten und den anderen in Betracht kommenden Behörden die Verlegung der Sperrstunde der Geschäfte auf 6 Uhr durchzusetzen.

BGM. Dr. Weiskirchner: Die Kohlenzuschüsse für Wien sind noch immer derart ungünstig, dass augenblicklich eine Milderung der Sparsvorschriften und Einschränkungen im Verbrauch von Gas und Elektrizität nicht in Antrag gebracht werden kann. Voraussichtlich wird in der nächsten Woche im Staatsamte für öffentliche Arbeiten eine neuerliche Beratung in dieser Frage stattfinden. Wenn es die Verhältnisse gestatten, wird gewiss getrachtet werden, den berechtigten Wünschen der Gewerbetreibenden und der Bevölkerung nach Möglichkeit entgegenzukommen.

GR. Penz fragt, ob der Bürgermeister geneigt sei, dass während der fleischlosen Woche den Gastgewerbetreibenden Lebensmittel aus den Vorräten der Gemeinde zur Verfügung gestellt werden, dass in Zukunft Beschlagnahmen von Lebensmitteln in den Gasthäusern unterbleiben, sowie Sperrungen von Gastwirtenbetrieben nicht mehr erfolgen, für den freien Sondereinkauf zu sorgen und für die Marktfreiheit der Gastgewerbebetriebe wie bei den Betriebsküchen einzutreten.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner antwortet: Ich habe den Magistrat beauftragt, den Gastwirten anlässlich der bevorstehenden fleischlosen Woche nach Möglichkeit aus den Vorräten der Gemeinde kartenfreie Artikel zur Verfügung zu stellen und werde nicht ermangeln, das von der Genossenschaft beim Staatsamte für Volksernährung eingebrachte Ansuchen gleichen Inhaltes nachdrücklichst zu unterstützen. Der Magistrat hat niemals bei den Gastwirten Lebensmittel beschlagnahmt, weil derartige Beschlagnahmen in die Kompetenz der Polizeidirektionen fallen. Er wird aber nicht verabsäumen diesen Wunsch der Genossenschaft der Gastwirte dem Kriegswucheramt zur Kenntnis zu bringen. Der Magistrat wird beim Staatsamte für Volksernährung intervenieren, dass Lebensmittelankäufe, die aus dem Auslande stammen, von der Beschlagnahme befreit werden, weil dieser Standpunkt auch der dormaligen Gesetzeslage entspricht. Es ist richtig, dass nach einem Erlasse des Staatsamtes für Volksernährung mit Rücksicht auf die wirtschaftliche Lage der Arbeiterschaft Teilnehmer an den Betriebsküchen, soweit diese dem Lebensmittelverband der Kriegsleistungsbetriebe Wiens oder dem Zentralverbande der Gemeinschaftsküchen angegliedert sind, von der Verpflichtung zur Abgabe von Abschnitten der Mehl- und Fettkarte befreit wurden. Der Magistrat wird das beim Staatsamte für Volksernährung eingebrachte Ansuchen auch in dieser Hinsicht warmstens unterstützen, zumal die der Genossenschaft amtlich zugewiesene Mehlmenge so gering ist, dass sie nicht ausreicht für eine angemessene Auslastung.

GR. Schäfer richtet an den Bürgermeister die Anfrage, ob er geneigt sei an massgebender Stelle dahin zu wirken, dass der auf die Gasthauskassen angewiesene Teil der Wiener Bevölkerung so wie auch die vorübergehend in Wien weilenden Fremden bei der antilichen Lebensmittelbelieferung der Gasthäuser mindestens die gleiche Berücksichtigung erfahre wie die Allgemeinheit, um den gänzlichen Ruin des Gastgewerbes und damit einer grossen Anzahl bedeutender Steuerträger hintanzuhalten und einen grossen Teil der Bevölkerung und der Fremden vor gänzlichem Nahrungsmangel zu schützen.

BGM. Dr. Weiskirchner: Als zu Weihnachten eine Zubusse an Rindfleisch der gesamten Bevölkerung gewährt worden ist, ist der grösste Teil des eingefrorenen Wildbrets den Kriegs- und Gemeinschaftsküchen und den Spitälern an Stelle der Rindfleischzubusse ausgefolgt worden. Derzeit sollen noch ungefähr 10.000 Kg gefrorenes Wildbret vorhanden sein, über welche das Volksernährungsamt verfügt. Ich werde daher die vorliegende Anfrage dem Volksernährungsamt mit dem Ersuchen um tunlichste Berücksichtigung des schwerleidenden Gastwirtsstandes bei der Verteilung dieses Bestandes an gefrorenem Wildbret vorlegen. Ich bemerke jedoch, dass der Genossenschaft der Gastwirte über ihr Ansuchen gestützt vom Volksernährungsamt ausnahmsweise 1 Waggon Me 1 für eine Woche zu Ententeisen behufs Erzeugung von Mehlspeisen in den Wiener Gastwirtschaften überlassen worden sein soll.

GR. Koppensteiner verweist in einer Anfrage darauf, dass das Schulgebäude XX. Wasnergasse 33 am 3. Februar seitens der Militärbehörde geräumt sein sollte. Am Tage der kommissionellen Verhandlung, 4. Februar, ergab sich, dass die Schule noch immer besetzt ist und ein Offizier erklärte, dass das Schulgebäude Wasnergasse 33 der Transenen Abteilung eines ungarischen Regiments durch Unterstaatssekretär Dr. Deutsch bis auf weiteres zugewiesen sei. Es wird die Anfrage gestellt, ist es dem Herrn Bürgermeister bekannt, ob Herr Unterstaatssekretär Dr. Deutsch des Staatsamtes für Heerwesen tatsächlich eine solche gesetzwidrige Verfügung erlassen hat, obwohl ein Erlass dieses Staatsamtes die Freimachung der Schulen anordnet. Wenn ja, welche Schritte gedenkt der Herr Bürgermeister zu unternehmen, um eine derartige Schädigung der Schulkinder, die in XX. Bezirk ohnedies meist schlecht bekleidet sind und deshalb unter dem weiteren Schulwege naturgemäss leiden zu verhindern?

BGM. Dr. Weiskirchner: Die in der Anfrage gemachten Angaben entsprechen den Tatsachen. Ueber Bericht der Magistratsabteilung XVI habe ich mit den an das Staatsamt für Heerwesen gerichteten Schreiben von 4. d. M. gegen diesen Vorgang Verwahrung eingelegt und das Ersuchen gestellt, wegen Abhilfe und sofortiger Rückstellung des Schulgebäudes Wasnergasse unverzüglich die entsprechenden Verfügungen zu treffen. Eine Erledigung dieses Schreibens ist bisher nicht erfolgt. Ich werde die Interpellation zum Anlass nehmen, um die Erledigung zu urgieren.

GR. Linder stellt die Anfrage: Besitzt der Herr Bürgermeister Kenntnis von der allgemeinen Unruhe, die einen grossen Teil der Währinger Bevölkerung, insbesondere aber die Elter ergriffen hat, deren Knaben die Bürgerschule XVIII., Cottagegasse Nr. 17 besuchen und die darin seine Begründung hat, dass in der genannten Schule ein Waffenlagerplatz für 100 Gewehre, Bajonette, Uberschwung und Patronentaschen urrichtet wurde?

BGM. Dr. Weiskirchner: Wie in der zur Verfügung stehenden kurzen Zeit erhoben werden konnte, sind in der genannten Schule keinerlei Waffen eingelagert. Ich halte das für so unsinnig, dass ich nicht begreife, wie das möglich geworden wäre. Es ist selbstverständlich, dass alle Mittel in Anwendung gebracht werden, um die Benutzung von Schulhäusern für Waffeneinlagerungen zu halten und es ist auch bisher kein Fall bekannt, dass in Schulgebäuden welche für Unterrichtszwecke in Verwendung stehen, eine derartige Einlagerung von Waffen erfolgt wäre.

Frau GR. Marie Schwarz interpelliert wegen einer schärferen Kontrolle der Masse und Gewichte im Markt und Handelsverkehre, besonders der städt. Kontrollwagen in der Grossmarkthalle.

BGM. Dr. Weiskirchner verliest einen Magistratsbericht, wonach Anzeigen über grössere Gewichtverfälschungen bei den Kontrollorganen nicht eingelangt sind. Kleinere Gewichtverfälschungen wurden nur bei Gefrierfleisch festgestellt, was lediglich darauf zurückzuführen ist, dass dieses Fleisch am Tage vor dem Verkaufe im gefrorenen Zustande in die vorgeschriebenen Gewichtspakete verpackt werden musste, dass dann das Fleisch über Nacht etwas auftaute, sodass Wasser abfloss und sich hierdurch in nicht wenigen Fällen ein Fehlgewicht von 3 bis 5 Kilo ergab. Eine schädigende Absicht der Fleischverkäufer kann nicht erblendet werden. In jedem Falle wurde das fehlende Gewicht der beschwerde führenden Partei von Verkäufer durch Geld vergütet.

GR. Schön und Wagner weisen auf die schlechte Lage des Kanals in Ortliebasse in Hernals hin, die das Eindringen von Wasser in die Häuser und die Ueberflutungen der Keller verursacht und fragt, ob der Bürgermeister geneigt sei, das notwendige zu veranlassen, damit diesem Uebelstande ein Ende gemacht werde und ob der Umbau dieses Kanals deshalb bis heute nicht durchgeführt wurde, weil in der Ortliebasse nur Arbeiterbevölkerung wohne.

Der Bürgermeister verliest einen Bericht des Stadtbauamtes, wonach Beschwerden über Ueberflutungen der Keller der Häuser in der Ortliebasse in den Amtsstellen nicht vorgebracht worden sind. Der Umbau der drei in der Ortliebasse bestehenden Hauptkanäle war vor Jahren wohl in Aussicht genommen, müsste jedoch aufgeschoben werden, weil mit Rücksicht auf die einschneidenden Veränderungen, welche der Bau der Untergrundbahnen im Kanalnetze dieses Gebietes mit sich bringen würde, es sich empfiehlt, an Kanalbauten erst dann heranzugehen, wenn die Frage der Untergrundbahnen in einem bestimmten Sinne erledigt ist. Eine Ueberschwemmungsgefahr besteht für die Zeit der Schneeschmelze für die Häuser an der Ortliebasse nicht, weil die drei genannten Kanaltrecken Erdstrecken sind und die Kanäle nur die Wasser ganz kleiner Niederschlagsgebiete abzuführen haben.

GR. Untermüller und Waldman stellen die Anfrage: Ist der Herr Bürgermeister geneigt, bei der n.ö. Landesregierung dahin Einfluss zu nehmen, dass die Verordnung betr. die volle Sonntagsruhe im Fleischer- und Selchergewerbe unverzüglich erlassen werde?

BGM. Dr. Weiskirchner: Die Angelegenheit fällt nicht in die Kompetenz des Gemeinderates, ich werde aber dem Wunsche der Antragsteller Rechnung tragen und die Interpellation der Landesregierung mitteilen.

GR. Suchanek interpelliert über die Entlassung von 15 Fleischhausgehilfen aus dem Kühlagerhaus der Stadt Wien und über die Weiterbeschäftigung von polnischen und ukrainischen Arbeitern dortselbst, sowie über die Nichteinhaltung des Achtstundentages.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner antwortet, dass in der letzten Zeit das tageweise zum Tragen von Fleisch aufgenommene Personal wegen der Verringerung der Arbeit um 15 Personen reduziert worden musste und dass die derzeit noch dort beschäftigten 4 ukrainischen Arbeiter, der nach der Demobilisierung verbliebene Rest, der während des Krieges den Lagerhäusern zugewiesen gewesen war, eine Militärmannschaft von 200 Mann ist. Auch wird in den Lagerhäusern der gesetzliche Achtstundentag eingehalten. Die normale, ohne Einrechnung der Pausen 8 Stunden betragende Arbeitszeit wird nur ausnahmsweise, wo es die Erhaltung und die rechtzeitige Verteilung der Lebensmittel, sowie die rasche Entladung der Waggons erfordert, durch Ueberstunden verlängert.

GR. Dr. Darneberg richtet die Anfrage, ob der Bürgermeister veranlassen wolle, dass die Qualifikation der eingerückt gewesenen Beamten der Stadtbuchhaltung sogleich erfolge und die Beförderung sofort vollzogen werde.

Der Bürgermeister erwidert: Die Qualifikation der Beamten der Stadtbuchhaltung für das Jahr 1918 ist bereits erfolgt und werden die Personalstandesausweise vom 22. Febr. 1919 an im Sinne der Bestimmungen der Dienstpragmatik durch 8 Tage, d. i. einschliesslich 1. März 1919 zur Einsichtnahme aufgelegt. Der Besetzungsvorschlag über die zu befördernden Beamten wird bis zu diesem Termine erstattet werden.

GR. Wawerka: fragt an, ob der Herr Bürgermeister geneigt sei, seinen Einfluss dahin geltend zu machen, dass der Antrag der Bezirksvertretung Favoriten betreffend, die Demolierung des Gebäudes Xv, Queßbenstrasse 1 und die Zuschüttung der hinter diesem Hause befindlichen Mistgrube so rasch als möglich zur Durchführung gelangt. Der Bürg.

Der Bürgermeister erwidert: Mit dem Pächter der Grube und der Baulichkeiten wurde wegen vorzeitiger Auflösung des Bestandsvertrages eine Vereinbarung getroffen und es wird hierüber so wie über die in Aussicht genommene Abtragung der Baulichkeiten und Anschüttung der Grube in den nächsten Tagen ein Bericht vorgelegt werden. Die Anschüttung wird aber voraussichtlich, wenn nicht anderes Material zur Verfügung steht, mit Haus- und Strassenkehricht

erfolgen müssen und dürfte nach Ansicht des Stadtbauamtes bis zum Frühjahr 1920 vollendet. Die Gründe werden hierauf zur Anlage von Schrebergärten verwendet werden. Ich hoffe, dass ich auch diese Mistfrage damit erledigt halten kann.

GR. Dr. Grün und Genossen fragen bezugnehmend auf eine Interpellation des GR. Solterer in der Gemeinderatssitzung vom 11. Dezember 1918 in der die Armenärzte als Halbakademiker bezeichnet werden an, ob der Herr Bürgermeister geneigt sei, zur Vermeidung derartiger Ungerechtigkeiten den gesamten Stand des ärztlichen Personals in einen Status zu vereinigen und alle Aerzte ohne Rücksicht auf die Verwendung gleichmässig und den anderen Akademikern zu behandeln, und ob er geneigt sei, eine Erklärung des Gesundheitsamtes im Amtsblatt zu veranlassen, aus der die Richtigstellung des Charakters der städtischen Armenärzte zu ersehen ist.

Der Bürgermeister erwidert: Es geht eigentlich nicht an, dass ein Gemeinderat in einer Interpellation die Ausführung eines anderen Gemeinderates bekräftigt. Dass ich alle Aerzte ohne Unterschied, ob sie im Gesundheitsamt oder als Bezirks- oder Armenärzte ihren Dienst versehen, gleichwertig als Akademiker betrachte und diese Auffassung auch für die weitere Behandlung dieses Gegenstandes massgebend sein wird.

GR. Anita Müller fragt, ob der Bürgermeister den grossen Platz beim Hause Taborstrasse 65 für Spielzwecke für die Jugend zur Verfügung stellen wolle.

Der Bürgern. erwidert, dass die Anfrage in der nächsten Sitzung beantwortet werden will.

Auf eine Interpellation des Gemeinderates Schreifer in der letzten Sitzung des Gemeinderates, betreffend die Aufhebung der technischen Unzulänglichkeiten im Telephonverkehr wird eine Zuschrift des Staatsamtes für Gewerbe, Industrie und Handel ^{mitgeteilt} die besagt, dass auf den raschesten Ausbau des gesamten Kabelnetzes und auf die vollständige Automatisierung des ganzen Wiener Fernsprechnetzes hingewirkt wird, so dass nach Vollendung dieser umfangreichen Arbeiten Wien in längstens 3 Jahren eine vollkommen befriedigende Fernsprechanlage besitzen wird. Betreffend die Neuauflage des Wiener Telephonverzeichnisses sagt die Zuschrift, dass die nötige Papiermenge bereits sichergestellt ist, so dass mit der Herausgabe dieses Verzeichnisses im Juli d. J. mit Bestimmtheit zu rechnen ist. Insofern es sich um gebührenpflichtige Neueinschaltungen in die für Jänner 1919 geplante Neuauflage des Telephonverzeichnisses handelt, ist die Gutechrift der eingekommenen Gebühren verfügt worden. Ueber Verlangen der Teilnehmer aber werden diese Gebühren auch zurückerstattet.

Der Gross an Weimar. Bürgermeister Dr. Weiskirchner hat an den Reichspräsidenten Ebert in Weimar folgendes Telegramm gerichtet: Der heute tagende Gemeinderat der Stadt Wien begrüsst die deutsche Nationalversammlung aus ganzer Herzen und begleitet ihre Arbeiten, durch die an deutschen Völkern ein neues wohlhabendes Haus gebaut werden soll, mit den innigsten Wünschen und Hoffnungen. Die kürzerquickenden Worte, die uns Deutschösterreicher in der Nationalversammlung gewidmet werden sind, haben in der Bevölkerung unserer Stadt den hellsten Widerhall gefunden. Wir freuen uns des Tages, der ein einiges Reich schafft, in dem auch wir Deutschösterreicher unantastet und unbehindert an dem Wohle unseres deutschen Volkes wirken können. Möge der Traum von Jahrhunderten mit der Einigung aller Deutschen bald in Erfüllung gehen!

= = = = =
+ +

GR. Hummelhardt beantragt die rangklassenmässige Abstufung des jährlichen Entfernungsbeitrages für die Beamten des städtischen Jugendamtes und zwar nur die Praktikanten, provisorischen Akzessisten und für die Beamten der 11. Rangklasse mit jährlich 600 Kronen, steigend bei jeder Rangklasse um je 300 Kronen.

GR. Sachlath stellt dem Antrag den Magistrat zu beauftragen, eine Vorlage auszuarbeiten, wonach den vom Militärdienste heimkehrenden Beamten und Angestellten die Kriegs- und Feuerungszulagen für das Jahr 1919 in dem den übrigen Angestellten gleicher Kategorie gewährten Ausmasse und nach Massgabe der für die Lehrpersonen diesbezüglich bestehenden Bestimmungen zu gewähren sind.

GR. Gröbner beantragt, es mögen mindestens 3 Sitzungen im Monate abgehalten werden.

GR. Langer beantragt, dem Vorschlage der Bezirksvertretung Mariahilf neben der Laingrubenkirche eine Schule zu erbauen, nicht zuzustimmen, sondern einen anderen Platz für die Errichtung eines Schulhauses ausfindig zu machen.

GR. Hötzel beantragt, die durch den Krieg unterbrochenen Arbeiten zur Einführung einer Wiener Warenmesse in Angriff zu nehmen.

GR. Sedlak beantragt eine Neuregelung der Bezirksgrenzen zwischen Hernals und Gersthof.

GR. Dr. Alma Seitz beantragt, die Zulassung von Frauen zu der Stellung eines Armenrates.

GR. Dr. Alma Seitz beantragt die ehebaldigste Verleihung von systemisierten Stellen an alle Fürsorgerinnen mit mehr als 1 jähriger Praxis.

Die Anträge werden der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen.

Es wird hierauf an die Erledigung der Tagesordnung geschritten.

VBGM. Reumann übernimmt den Vorsitz.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner legt das Programm der Gemeinde Wien zur Bekämpfung der Arbeitsnot vor. Er führt aus, dass bereits im Jahre 1914, als man glaubte, dass als Begleiterscheinung des Krieges die Arbeitslosigkeit auftreten werde, ein Programm, ausgearbeitet wurde, welches geeignet gewesen wäre, sowohl qualifizierte als nichtqualifizierte Arbeitern Gelegenheit zum Verdienst zu geben. Im Verlaufe des Krieges sei aber nicht Arbeitslosigkeit, sondern eher Mangel an Arbeitern aufgetreten und dieser Zustand verschärfte sich immer mehr, je länger der Krieg dauerte. Mit Ende des Krieges hat sich nun die Arbeitsnot eingestellt. Der Stadtrat hat zur Beratung der dagegen zu ergreifenden Mittel ein Komitee aus allen Parteien eingesetzt, welches das Arbeitsprogramm prüfte und eine Reihung der Arbeiten vornahm. Die Arbeiten, deren Ausführung vorgeschlagen wird, können nicht als eigentliche Notstandsarbeiten bezeichnet

werden, denn es sind Arbeiten, welche unbedingt ausgeführt werden müssen. Bei den Arbeiten werden nach einer Berechnung des Stadtbauamtes 10.400 Personen und zwar 4840 gelernte und 5560 ungelernete Arbeiter Beschäftigung finden können. Eine Vorbedingung ist, dass die erforderlichen Baustoffe zur Verfügung stehen werden, benötigt werden 28 Millionen Ziegel, 5900 Waggons Zement, ferner grosse Mengen von Weisskalk, Eisen, Holz, Glas u. dgl.

Ausser diesen Arbeiten wird noch eine andere Betätigungsgelegenheit geboten sein. Nach einem vom Stadtrate heute gefassten Beschluss wird vorder Bisherigen Uebung während des Krieges, Arbeit und Lieferungen durch freie Vereinbarungen kurzerhand zu vergeben, abgesehen werden und es werden wiederum öffentliche Offertverhandlungen ausgeschrieben. Es sollen insbesondere Adaptierungen, Fassadenherstellungen und andere kleinere Baumeisterarbeiten zur Vergabung gelangen.

Die Gemeindeverwaltung hofft, dass durch diese Arbeiten das Wirtschaftsleben wieder belebt und die Arbeitslosigkeit gebannt werden soll.

Der Redner schliesst, dass durch die vorliegenden Anträge Arbeit und Verdienst in reichem Masse gewährleistet werden und stellt die bekannten Anträge, welcher der Gemeinde Kosten von 58.700.000 Kronen verursachen.

GR. Breitner wendet das Augenmerk der Versammlung auf die grosse Anzahl von Arbeitslosen im Kaufmannstande. So z.B. sind beim Gremium der Kaufmannschaft 13.060 Personen gemeldet, welche Arbeitslosenunterstützung

1500 Bankangestellte sind postenlos, weitere 2 bis 3000 haben die Kündigung zu erwarten. Von 6485 Stellengesuchen kaufmännischer Angestellter wurden im Jänner 30 aufrecht erledigt. Buchhalter, welche vor kurzer Zeit noch 700 K an Monatsgehalt bezogen, müssen jetzt Stellen mit dem halben Gehalt annehmen. Die Gemeinde Wien müsse in ihrem Wirkungskreis Abhilfe zu schaffen suchen, es sei nicht notwendig, dass Beamte Ueberstunden machen müssen, während soviel geistige Arbeiter postenlos sind. Es müssten ferner bei der bevorstehenden Volkszählung die Leute beschäftigt werden.

GR. Granitsch glaubt, dass Wien in nächster Zeit keinen Rückgang erleiden wird, denn es hat sich schon bei der Teilung Oesterreich-Ungarns gezeigt, dass trotz des Aufblühens von Budapest Wien nicht zurückgegangen ist. Die wichtigste Frage der nächsten Zukunft ist wohl die Wohnungsfrage von der Lösung der Kohlennot, insbesondere aber auch die Schaffung für Lebensmitteln und wäre zu diesem letzteren Zwecke die Anlage von grossen Gemüsegärten als Notstandsarbeit in Betracht zu ziehen. Da nahezu 80% der Wiener Bevölkerung in Wohnungen wohnen, die den an sie gestellten Forderungen nicht entsprechen, kann auch auf diesem Gebiete viel Arbeit geleistet werden. Die Wohnungsfrage zu lösen, eine Verbesserung darin zu treffen, ist eine dringendste Notwendigkeit und wird in ausreichender Masse Arbeit geben. Zur Verbesserung der Wohnungsfrage ist aber auch eine Verbesserung der Verkehrsverhältnisse dringendst notwendig und wenn von der Ausgestaltung der Verkehrsverhältnisse die Rede ist, so muss auch darüber nachgedacht werden, Wien von Kohle unabhängig zu machen. Die Lage Wiens in Kohlen ist eine ungünstige, da die Nachbarstaaten Wien in der Kohlenfrage schlecht behandeln. Mit zwingender Gewalt wird Wien an die Ausnützung der Wasserkräfte und der Einleitung von Elektrizität nach Wien verwiesen. Unter den bestehenden Projekten sei das Wallseer am bedeutendsten. Zum Schluss erwähnt der Redner, dass stets nach Katastrophen die das alte Oesterreich betrafen, die Wienerstadt soviel Tüchtigkeit und Energie aufbrachte, um einen neuen Aufschwung herbeizuführen und deshalb hoffe er, dass Wiens Zukunft auch diesmal eine rosige und keine schwarze (Zwischenrufe seitens der Sozialdemokratie: eine rote) sein werden. Zum Schlusse bittet er um mehr Grosszügigkeit in den grossen Aufgaben, wie es eben die Zukunft Wiens erfordert.

GR. Karl Richter sagt, dass es notwendig sei, nach Arbeitsgelegenheit zu forschen und weist auf die schwere Materialbeschaffung hin. Es wird nicht möglich sein, 11000 Arbeiter zu beschäftigen, weil die Arbeitsgelegenheit nie vorhanden sein wird. Was die jetzige Arbeitslosigkeit, von denen

früherer Jahre unterscheidet, das ist, dass sie vorwiegend hochqualifizierte Arbeiter trifft, für die es schwer ist, sich Arbeit zu verschaffen. Die Wiener Industrien und das Wiener Gewerbe hat nichts anderes gross gemacht als die hohe Qualifikation und die Intelligenz der Arbeiterschaft. Man kann von qualifizierten Arbeitern nicht verlangen, dass sie Arbeiten verrichten, zu denen sie nicht geschaffen sind und die sie nicht machen können. Und da besteht nun wieder die Gefahr, dass das Märchen entsteht, dass die Arbeitslosigkeit ihre Ursachen in der Arbeitsscheu hat. Wir haben ein Interesse, dass die Stadt gross wird und dörge uns, dass eine grosse Abwanderung einsetzen könnte. Wir haben schon zu viel qualifizierte Arbeiter an das Ausland abgegeben. Die Ursache war, dass wir immer die niedrigsten Löhne und immer die höchsten Lebensmittelpreise hatten. Man vergisst, dass der Arbeiter trotz der hohen Löhne hungern muss. Das kann der Arbeitslust nicht förderlich sein und stört sie auch. Wir brauchen Arbeit für unsere hochqualifizierte und intelligente Arbeiterschaft, damit sie uns nicht auswandert. Ich fürchte, dass eine Zeit kommen kann, wo uns die anderen Nationalstaaten die Arbeiter entziehen werden und man kann von Arbeiter nicht verlangen, dass er so viel Patriotismus aufträgt, für sein Vaterland zu hungern. Wir begrüssen die Vorlage, aber sie darf nicht zum Anlass genommen werden, ein Ruhebett zu schaffen, man darf nicht sagen, wir haben unsere Pflicht getan und dann vielleicht auf die Arbeitslosen schimpfen.

GR. Heitzinger: Von den 123.500 Arbeitslosen in Wien sind der grösste Teil gelernte Arbeiter, denen durch die beantragten Arbeiten sehr wenig gedient ist. In der Metallindustrie allein sind 30.947 Arbeitslose, davon nur 4544 ungelernete. Auch wenn so viele Erdarbeiten geschaffen werden könnten, dass die 123.000 Arbeitslosen untergebracht werden könnten, ist es ein Ding der Unmöglichkeit, die gelernten Arbeiter zu Erdarbeiten zu verwenden, da sie für ihre spätere Existenz unbrauchbar würden. Es ist nicht nur ein Unrecht, sondern auch eine grosse Unkenntnis, wenn man immer von der Arbeitsunmut und von der Arbeitsscheu spricht. Wenn eine Arbeitsunlust besteht, so hat sie einen tieferen Grund in dem geringen Kaufwert des Geldes. Die Unterernährung unter der Arbeiterschaft ist eine so schauderhafte, dass eine grössere Ausnützung der Arbeitskraft des Einzelnen eine Unmöglichkeit ist. Wir begrüssen die Vorlage, wenn sie nur eine Anfang ist und eine Fortsetzung findet. (Beifall links).

GR. Partik Ich begrüsse die Vorlage, welche geeignet ist, wenigstens einigermassen der Arbeitslosigkeit abzuwehren. Die Arbeitslosigkeit der kaufmännischen Angestellten ist ein Problem, das in diesem Saale nicht gelöst werden kann, da dieses mit anderen Mitteln bekämpft werden muss. Nahezu alle Unternehmer sind nicht in der Lage ihre Angestellten wieder zu beschäftigen, da sie aus dem Erwerbs- und Wirtschaftsleben ausgeschaltet sind. Es muss daher getrachtet werden, die Kaufmannschaft wieder in ihre alten Rechte einzusetzen und da ist es vor allem anderen notwendig, dass vom dem starren Festhalten an der zentralen Bewirtschaftung abgegangen wird. Ich fürchte nicht, dass uns das Ausland boykottieren wird. Es wäre auch für die Dauer unmöglich, es haben immer die Staaten voneinander gekauft, aber stets durch Vermittlung von Kaufleuten. England kann mit 45000 Menschen nicht alle Rohstoffe verarbeiten, es werden solche auch an Deutschland und Deutschösterreich abgegeben werden müssen. Auch die Blockade wird ein Ende haben müssen. Nur wenn also die Kaufmannschaft wieder an ihren alten Platz tritt, wird auch die Arbeitslosigkeit der kaufmännischen Kräfte ein Ende haben. Ich bitte daher diesem Antrag zuzustimmen.

GR. Kunschak. Im Namen der christlich sozialen Arbeiter danke ich dem Herrn Bürgermeister, und konstatiere mit grosser Befriedigung, dass dieses Referat geeignet ist, befruchtend auf unser Erwerbsleben zu wirken. Das Baugewerbe ist das Muttergewerbe und die rege Tätigkeit im Baugewerbe wirkt befruchtend auf das gesammte Wirtschaftsleben. Wenn nun die Gemeinde Wien auf diesem Gebiete Arbeit vergibt, so hat sie einen

glücklichen Griff getan und dazu beigetragen, nicht nur dieses Gewerbe, sondern das gesamte gewerbliche Leben in Fluss gebracht zu haben. Doch habe ich mich zum Worte gemeldet um an jene Stellen hier öffentlich zu appellieren, denen es mehr als der Gemeinde zusteht, und die eine grössere Verpflichtung haben, Arbeitsgelegenheit zu schaffen. Mit der Belebung des Baugewerbes wird auch der Bedarf an Kleidung und Schuhen steigen und so wird die Arbeitslosigkeit auch in der Textil und Lederbranche, vorausgesetzt, dass diesen Gewerben, das erforderliche Rohmaterial zur Verfügung gestellt wird, ermöglicht werden. Es entsteht daher die Frage, ob dieses Rohmaterial zur Verfügung steht oder nicht. Es ist Tatsache, dass unsere Staatsverwaltung über grosse Mengen an Textil und Lederwaren verfügt. Sogar eine Unmasse von Stoffen gibt es aus der Friedenszeit, die streng bewacht und eingesperrt sind zu einer Zeit, wo sie im Gewerbe dringend benötigt werden. So befindet sich in zwei grossen Sälen des Etablissements Gschwander ein Depot der Flüchtlingsvorsorge. Es sind beschlagnahmte Waren, die Kompetenzstreitigkeiten zwischen den einzelnen Staatsämtern ins Leben riefen. Die Staatsverwaltung hat die unbedingte Verpflichtung gegenüber der Arbeitslosigkeit, gegenüber den Beschäftigungslosen Gewerbetreibenden und gegenüber den Bedürfnissen der weitesten Schichten der Bevölkerung, diese vorhandenen Sachgüter endlich einmal der Produktion zuzuführen. Auf diese Weise könnte in kurzer Zeit unserer Bekleidungsindustrie in ausreichendem Masse Arbeit zugeführt werden. Ich habe mich zum Worte gemeldet, um zu beweisen, dass auch hier der Gemeinderat wieder begündet, dass ein aufrichtiges und warmes Empfinden für die Bedürfnisse der Zeit nicht fehlen, während wir bei der jetzigen Staatsverwaltung, wie bei der früheren auf Verständnislosigkeit, Indolenz und starrem Bürokratismus stossen.

GR. Stein begrüsst die Vorlage und weist darauf hin, dass es eine der ersten Arbeiten der Nationalversammlung sein wird, in dieser Beziehung zu helfen. Was ist der der Aufhebung der Blockade an eine durchgreifende Verbesserung kaum zu denken. Die Frage der Arbeitslosigkeit hängt auch mit der Valutafrage eng zusammen. Nachdem Oesterreich an Rohprodukten so arm ist, dass an eine Ausfuhr nicht gedacht werden kann, so wird es seine Schulden nur in der Form von Arbeit bilden können. Da wird daher um die Zahlungsmittel herbeizuschaffen an eine grosszügige Förderung der Exportindustrie geschritten werden müssen. Selbstverständlich wird es auch notwendig sein, dass unsere Friedensunterhändler das grösste Gewicht darauf legen, dass Bestimmungen in den Friedensvertrag aufgenommen werden, die uns gewisse Mengen Kohlen von dort her beziehen lassen, woher wir sie früher bezogen haben. Es ist nicht zu bestreiten, dass unter der intellektuellen Arbeiterschaft die grösste Notlage herrscht. Ich würde es vom Standpunkte des bürgerlichen Unternehmertums nichts dagegen einzuwenden haben, wenn die Kündigungfrist der grossen Unternehmungen noch hinausgeschoben werden würde bis zu einem Zeitpunkt und eine Besserung der gesamten wirtschaftlichen Lage eintritt. Wir stehen nach den Ergebnissen der Wahlen in die Nationalversammlung auch in diesem Saale vor einer neuen Zukunft. Es ist einem politisch Versierten klar, dass auch hier eine neue Majorität einzuziehen wird, die die Sorge und die Verantwortung für die Zukunft Wiens auf ihre Schultern nehmen müssen. Wir haben heute gehört, dass die neue Partei die kommenden sozialen Umwälzungen nicht mit Gewaltmitteln anstrebt, es kann aber niemand voraussehen, ob die jetzige Gesellschaftsordnung in eine bessere oder schlechtere geändert werden wird. Wir müssen aber mit einem gewissen Vertrauen auf die kommenden führenden Männer blicken und sehen, wie sie sich zu dieser Arbeit stellen. Wir hoffen, dass die sozialdemokratische Partei die Erwartungen der Bevölkerung voll und ganz erfüllen wird.

Dgn. Dr. Weiskirchner sagt in seinen Schlussworte unter anderem:
Ich möchte die Befürchtungen, die von einigen Rednern ausgesprochen werden sind, als ob diese Arbeiten das Ua und auf der Investitionsarbeiten

wären, mit einigen Worten widerlegen. 1.) werden neben diesen Arbeiten alle im Budget vorgesehene Arbeiten ohne weiteres zur Ausführung gebracht, 2. soll das nur der Akt Beginn sein, indem ja doch bei Eintritt der wärmeren Jahreszeit mit diesen Arbeiten zweifellos sofort begonnen werden muss. Ich bedauere ausserordentlich den Notstand der geistigen Arbeiter und so weit es im Wirkungskreis der Gemeinde gelogen ist helfend einzugreifen, soll es gewiss geschehen. Es sind Aeusserungen gefallen, wie von Herrn Dr. Granitsch

die in der heutigen Zeit der Begründung vollkommen entbehren.

Herr Dr. Granitsch hat von allem Möglichen gesprochen vom Gemüseanbau und von der Ausnützung der Wasserkräfte, von Grillparzer und Schubert und vom Mistbauer (Heiterkeit) von Durchfällen und anderen unangenehmen Erscheinungen des politischen Lebens (Heiterkeit). Was die Ausnützung der Wasserkräfte anbelangt, so ist vor allem die Konzession notwendig welche weder beim Endprojekt noch beim Wallesee Projekt erteilt ist. Dr. Granitsch hat sich als Nichtschverständiger bezeichnet und das Wallesee Projekt dem Endprojekt vorgezogen. (Heiterkeit). Nachdem ich auch kein Sachverständiger bin, erlaube ich mir das Endprojekt als das bessere zu bezeichnen. Sie brauchen aber nicht nur die Konzession, sondern auch das Geld zur Ausführung der Projekte. Ich möchte glauben, Herr Dr. Granitsch, dass es Ihnen nicht so leicht sein wird, jene Beträge aufzubringen, welche hierzu notwendig sind. Die Untergrundbahn ist nicht bloss eine technische, sondern auch eine Finanzfrage. Was die Untergrundbahn im Jahre 1913 gekostet hätte, und unter den heutigen Verhältnissen erfordert, ergibt das einen drei bis vierhundert prozentigen Aufschlag.

GR. Dr. Hujh: Da ist viel versäumt worden.

Dgn. Dr. Weiskirchner: Sie haben noch mehr versäumt! (Heiterkeit)

Was versäumt wurde, liegt nicht in der Schuld der Gemeinde. Was das frühere Eisenbahnministerium in Verzögerung der Erteilung der Konzession die Ausnützung der Wasserkräfte gelistet hat, ist ein Verbrechen am Staat und an der Volkswirtschaft gewesen. (Zustimmung). Das Eisenbahnministerium hat sich auf den Standpunkt gestellt, dass ohne seine Zustimmung keine Konzession erteilt werden darf, und dass nur dann eine Konzession erteilt werden kann, wenn so und soviel Kilowatt des erzeugten Stromes ihm zufließen. Bei den Streitigkeiten des Ackerbauministeriums und des Eisenbahnministeriums konnten wir nie eine Konzession erlangen. Das was hier Ihnen vorgelegt wurde, ist ein Teil dessen, was wir uns als Möglichkeit Verdienst und Arbeit zu schaffen, vorstellen. Diese eine Möglichkeit genehmigen Sie heute, das soll kein Ruhebett, sondern nur der Beginn einer grosszügigen vom gesamten Gemeinderat fortzusetzenden Investitionspolitik sein. Ich möchte ein Wort unterstreichen, das von einem Redner gefallen ist. Die Aufhebung der Blockade durch die Entente ist eine so unbedingte Notwendigkeit (Beifall), dass man nur bedauern kann, dass die Entente nicht die Einsicht hat, zu ermassen, welche Gefahr, die Forthaltung der Blockade in Mitteleuropa anrichtet (Lebhafter Zustimmung). Ich wiederhole das Wort eines Ententevertreters, der mir gesagt hat: Halten Sie Ruhe und Ordnung in Wien,

dann wird die Entente schon aushelfen. Das ist ja gerade umgekehrt. Wenn wir Wiener unsere Stadt in Ruhe und Ordnung halten wollen, muss die Entente nicht nur Ernährungshilfen geben, sondern auch Rohstoffe, damit wir unser wirtschaftliches Leben wieder aufrichten können. Die Entente spielt da mit der Gefahr, welche eine weitergehende Arbeitslosigkeit und Unterernährung im Gefolge haben würde. Ein Volk, das im Finstern friert und hunderte und in Verzweiflung getrieben wird, ist eine Gefahr nicht nur für das Land, indem es weint, sondern auch für den Westen, und die Herren sollen sich versehen, ob es nicht ihre Pflicht im Grunde der Menschlichkeit ist, uns zu helfen mit Ernährungshilfen und mit den Rohstoffen, die wir notwendig haben. Auch ich bin der Meinung, dass uns um die Zukunft unserer Vaterstadt nicht bangen braucht, aber die schwere Übergangszeit müssen wir durchhalten. Die Übergangszeit mit allen den Gefahren, die sie birgt. Ich appelliere

an alle Gemeinderäte, wir alle sind Wiener, wir wollen, dass die Stadt gross bleibt, die landschaftliche Schönheit, auch mit der wirtschaftlichen Wohlfahrt ihrer Bewohner vereint. (Lebhafter Beifall).

Bei der Abstimmung werden die Anträge unter lautem Beifall einstimmig angenommen.

GR. Dr. Scheu berichtet als Mitglied des Wohnungsfürsorgeausschusses über nachstehende Referate: Tragung des verlorenen Bauaufwandes durch die Gemeinde Wien bei Erbauung kleiner und mittlerer Wohnungen, Ueberlassung von Gründen im Erbaurecht an Ing. Karl Stigler und Alois Raus, Architekt Josef Aicher und Firma Gutsav Menzel.

Der Berichterstatter bemerkt, dass nach dem Wortlaut des Statutes zwar nicht gesetzliche Pflicht der Gemeinde sei, Wohnungen zu bauen, es sei dies aber soziale Pflicht und diese sei stärker als die Buchstaben des Gesetzes. Damit soll nicht gesagt werden, dass die Gemeinde allein alle mit dieser Pflicht verbundenen finanziellen Lasten zu tragen habe, Staat und Land müssen mithelfen die Kosten für die Wohnungsfürsorge zu tragen. Die Gemeinde Wien habe bisher nur Wohnungen für eigenen Angestellten produziert, die Herstellung von Privatwohnungen dem Unternehmertum überlassen. Die gemeinnützigen Wohnungsgenossenschaften waren, da sie von Staat nicht hinreichend gefördert wurden, nicht im Stande eine grosszügige Wohnungsreform ins Leben zu rufen. Mit den gegenwärtigen Vorlagen soll nun versucht werden durch freie Vereinbarungen jene Ziele zu erreichen, welche durch eine öffentliche Aktion erreicht werden könnten. Es sei dies vorausagen ein Versuch für die künftigen zu treffenden Massnahmen.

Der Berichterstatter erläutert sodann genau das Wesen der von ihm unterbreiteten Vorlage und stellt sodann die bekannten Anträge

GR. Melcher: Ich begrüsse die vorliegenden Anträge auf das

wärmste, muss aber leider bemerken, dass dieselben durch das lange Warten gegenüber dem ersten Antrag vom 13. Dezember 1918 eine bedeutende Verschlechterung erfahren hat. Es ist komisch, dass von seitens des Wohnungsreformausschusses dieser Antrag am 13. Dezember dem Gemeinderat zur Genehmigung vorgelegt wurde und auch genehmigt worden wäre, wenn ich nicht zufällig um die Vertagung desselben gebeten hätte mit Rücksicht darauf dass es nicht gut angeht, sich über einen so grosszügigen Antrag den man einen Tag vorher erhalten hat, binnen 24 Stunden zu orientieren. Bevor ich aber auf den Antrag selbst eingehe, so erlaube ich mir nur einiges zur allgemeinen Sachlage zu sprechen. So zunächst über die Bodenreform, die ja auf diesen Antrag Bezug hat. Wie diese von der Majorität betrieben wurde, kann kein Mensch gut heissen. So war es der grösste Fehler, den die Gemeinde gemacht hat, dass sich diese bei Einziehung von Gross-Floridsdorf sich nicht genügend Grunde gesichert hat, so dass mit den Preisen Wucher getrieben werden konnte. Grundflächen in dieser Gegend wurden damals noch zu Joch verkauft und ist der damalige Preis von 1 K für den m² heute auf 12 bis 14 Kronen gestiegen. Was nun die Wohnungsnot selbst anbelangt, so trägt die Majorität an derselben sehr viel schuld. Im Jahre 1911 habe ich auf das Stocken der Bauätigkeit und auf die geringe Anzahl von leeren Wohnungen hingewiesen und einen Antrag gestellt, wieviel Bauten zur Milderung der Wohnungsnot in Angriff zu nehmen wären. Der Stadtrat hat im Jahre 1911 den Antrag nicht bearbeitet, in den Jahren 1912, 13, und 14 habe ich ihn urgirt, im Jahre 1915 erschien die Antwort, dass jetzt die Durchführung des Antrages unmöglich wäre. Es wäre nicht notwendig heute Millionen zu investieren, wenn man damals meinen geringfügigen Antrag ~~1913~~ behufs Einsetzung eines Komitees zur Begutachtung meines Bauprojektes angenommen hätte. Wurde man vor dem Kriege diese Grundflächen mit 4 Stock hohen Häusern verbaut haben, so würde die Gemeinde in die Lage kommen, heute Millionen zu verdienen. Mein Projekt hätte im Jahre 1914 15 Millionen gekostet und heute kostet es bei einer 300 fachen Erhöhung der Baukosten 45 Millionen Kronen. Die Häuser hätten im Jahre 1914 bei der Steuerfreiheit 847.000 Kronen, in den Zeiten der vollen Steuer 417.000 Kronen pro Jahr an Zinsen getragen.

Ich bemängle, dass die Vorlage die Höhe der Kosten, die die Gemeinde zu tragen haben nicht festgestellt ist, und konstatiere, dass dieselbe bei den heutigen Baupreisen 47 Millionen Kronen betragen wird. Die Gemeinde Wien soll diesen Betrag diesen Zweck widmen, weil so Arbeit verschafft wird und auch dem Gewerbe geholfen ist. Hat das Baugewerbe zu tun, so hat alles zu tun und wenn sie das Baugewerbe in die richtigen Bahnen lenken, dann blüht auch Handel und Industrie. Zur Vorlage selbst habe ich zu bemerken. Im Punkte I wird die Arbeit von der Teilnahme des Staates und des Landes abhängig gemacht. Wenn aber diese Bedingung nicht eintritt, gilt die ganze Vorlage nicht. Das war im ersten Referat ganz anders, nach der jetzigen Vorlage wird sich nur der Bauerber Arbeit machen und wenn die Bedingung nicht eintritt, wird aus der ganzen Sache nichts. Daher bitte ich in diesem Punkt auf den alten Entwurf zurückzukommen. Ebenso wäre im 2. Absatz des Punktes II, wo die Rede von der Erlöschung ist, der alte Entwurf vorzuziehen und die Entscheidung dem Ingenieur und Architektenverein zu überlassen. Der Punkt II des § I ist nach Anhörung verschiedener Rechtsvertreter ein Embryo geworden und der § II, der vom Verkaufsrecht spricht und der Gemeinde eine zu tägige Frist einräumt, ist auf 14 Tagen zu kürzen, weil es schwer ist, einen Käufer 30 Tagelang zu binden. z

Zum Schlusse will ich bemerken, dass die Bautätigkeit in Wien sich ausserordentlich schwierig beleben lassen wird. Ich bin dafür, dass die Gemeinde Wien Beträge opfern muss, ich bin aber auch dafür, dass genaue Berechnungen gemacht werden müssen, bevor Millionen verausgabt werden. Es haben nicht nur die Arbeitslosen ein Recht zu legen, sondern alle Menschen aus den Besitzenden werden nach der Geldentwertung die Besitzlosen werden. Wir müssen daher auch an der Gemeindestube haushalten und bei künftigen Referaten, wo es sich darum handelt, Millionen zu verausgaben, muss doch ein bisschen genauer gerechnet werden und diese Rechnungen müssen dem Gemeinderate unterbreitet werden. Wir werden hier auch über die Geldentwertung sprechen und es wird sich dann zeigen, ob es so gemacht werden kann, wie es die Herren von der Majorität vor den Wahlen wieder machen. Die Herren von der Majorität haben damit angefangen, um die Wähler an sich zu ziehen. Böses Beispiel macht gute Schule. Jede einzelne Partei wird nun auf dieses ausgezeichnete Mittel greifen. Ich mache darauf aufmerksam, dass wir vom letzten Anlehene nurmehr 60 Millionen haben. Wir müssen auf dem Gebiete der Wohlfahrt, der Unterstützung und der Wohnungsreform leisten, was nur möglich ist, wir dürfen aber nicht mehr leisten, als wir vermöge unserer Kraft und Stärke leisten können.

GR- Kubacsek stimmt dem Vorredner bezüglich der Unterschiede in den vorliegenden und in dem ersteren Referate zu und stellt bezüglich der Honorierung der Arbeit der Architekten einen Abänderungsantrag.

GR. Siegel: Es hat mich erstaunt, dass Kollege Melcher als Beschwerdeführer in einer Sache auftritt, die er selbst verursacht hat. Wenn er von einer Verbesserung einzelner Bestimmungen der Vorlage spricht, so hat er dabei die Interessen der Baumeister und Bauunternehmer im Auge. Die bisher herrschende Partei hat gerade in der Wohnungsfrage nicht das geringste geleistet. Die Verhältnisse sind diesbezüglich so ungeheure geworden, dass selbst die christlich soziale Partei der Sache näher treten musste. Das Verhalten der Hausherrn ist ein unbeschreibliches gewesen; kinderreiche Familien mussten ein wahres Märtyrium durchmachen. Die Gemeinde darf kein Opfer scheuen, um die Wohnungsnot einigermaßen zu mildern. Wir haben einen ungeheuren Mangel an guten Wohnungen. Es soll auch dem Schrebergärtnern ermöglicht werden ein kleines Häuschen, auf dem Grund und Boden, den sie bebauen zu stellen. Wenn wir die Vorlage begrüßen, so bezeichnen wir es als Ausdruck des Willens einigermaßen bessere Verhältnisse zu schaffen. Unser Ideal ist es noch lange nicht, aber wir begrüßen die Vorlage vom Standpunkt der Wohnungsfürsorge. (Beifall links)

Frau GR. Gabrielle Walter schlägt vor, dass bei Anlage der

Küchen in diesen Wohnungen nicht mehr die gebräuchlichen Kohlenherde, sondern Gasherde aufgestellt werden. Die Gasheizung wird nicht so viel kosten wie die Kohle und es wird ausserdem viel Zeit und Kraft erspart. (Beifall bei den Christlich-Sozialen)

GR. Biber polemisiert gegen Melcher und wirft der liberalen Partei vor, dass sie trotzdem sie seinerzeit eine ganze Menge von Bezirken einverleibt habe, sich um Bodenreform nie gekümmert habe. Die christlich soziale Partei habe sofort nach Einführung des Gesetzes über das Baurecht dieses praktisch eingeführt. Im Laufe der weiteren Ausführungen des Redners kommt es zu etwas lebhafteren Auseinandersetzungen zwischen den Christlich-sozialen und den bürgerlich-freiheitlichen und der Vorsitzende GR. Reumann ersucht die Gr. Melcher und Scheizer, sie mögen sich beruhigen. Der Vorsitzende bittet überhaupt die Redner nicht zu unterbrechen, da eine grosse Reihe von dringenden wichtigen Gegenständen auf der Tagesordnung stehe und heute noch erledigt werden müsse.

GR Moissl bemängelt an der Vorlage, dass sie wenig von sozialistischem Geiste getragen sei, denn die Sorge überwiegt über 100 % der Gesteungskosten für den Unternehmer. Es wäre gewiss besser gewesen, wenn die Gemeinde Wien die notwendigen Bauten in eigener Regie als führendes Musterbeispiel in der Sorge für die Bezahlung der Arbeiterschaft ausgeführt hätte. Behufs Behebung der Wohnungsnot, die im Herbst katastrophale Formen annehmen werde, ersuchte der Redner einstweilen die Adaptierung grosser Baulichkeiten, wie der Rosenauerkaserne vorzunehmen. Seine Parteigenossen stimmen für die Vorlage, weil sie den Interessen der Bevölkerung entspricht.

GR Hödl spricht seine Verwunderung darüber aus, dass in dieser Saale so lärmende Szenen möglich sind, es sei vor allem notwendig im Interesse und für die Wohlfahrt der Bevölkerung zu arbeiten und nicht im Kloaken herumzukriechen. Wir alle haben im Wahlkampfe der Bevölkerung versprochen, sie in allen ihren Belangen zu vertreten. Wir nationale Vertreter im Gemeinderate bringen der Vorlage das grösste Interesse entgegen und wir hoffen, dass die Bauten so geführt werden, dass Mann, Frau und Kind eine Freude am Bause haben. Die Sozialdemokraten in diesem Hause werden schwer zu arbeiten haben. Redner tritt weiters für die Vorlage ein, hofft aber, dass in derselben kein Heller tschechisches Geld steckt, denn sonst müsste er sich gegen die Vorlage aussprechen. Während seiner Ausführung wird der Redner vielfach durch Zwischenrufe von beiden Seiten des Hauses unterbrochen.

GR Rain übernimmt den Vorsitz.

GR Dr. von Schwarz-Hiller stimmt gegen das Referat, da es sich darum handelt, rasch und einfach zu arbeiten und sich nicht auf Zeiten hinaus zu binden. Er spricht sich prinzipiell gegen diese Art und Weise der Übergangsbauten aus und stellt den Antrag, dass Wohnungsnotbauten in der Übergangszeit und die Herrichtung von Notwohnungen in bestehenden Gebäuden durch eine gemeinnützige Gesellschaft, in welcher die Gemeinde Sitz und Stimme und massgebenden Einfluss hat, durchgeführt werden.

Berichterstatter Gr. Dr. Schöner weist in längeren Ausführungen die von den einzelnen Rednern gebrachten Einwendungen als unbegründet zurück. Er betont insbesondere, dass endlich gezeigt werden muss, dass gebaut werden kann, das geschundene Vertrauen zu bauen müsse wieder hergestellt werden.

Bei der folgenden Abstimmung werden die Anträge des Berichterstatters einstimmig angenommen, der Antrag Kubacek wird genügend unterstützt, dem Stadtrate zugewiesen.

GR Hoss referiert über die Liquidierung der Oesterreichischen Vieh- und Fleischgesellschaft und über die Beteiligung der Gemeinde an einem zu gründenden deutschösterreichischen Wirtschaftsverband für den Viehverkehr.

GR Edder spricht sich gegen den Antrag aus, da die frühere Viehverwertungsgesellschaft kein Vieh und die Grossschlachtereien nicht mehr Fleisch nach Wien gebracht habe. Wenn der Antrag dennoch zum Beschluss erhoben wird, so soll mit allen Mitteln danach getrachtet werden, möglichst viele Fleisch und Vieh nach Wien zu bringen.

Der Referentenantrag wird angenommen und die öffentliche Sitzung hierauf geschlossen.